



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Dialog Nachhaltige Entwicklung Schweiz 2010

## **Ist «grünes» Wachstum mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit vereinbar?**

Bericht zur Veranstaltung / Bern, 8. September 2010



**Impressum****Herausgeber**

Bundesamt für Raumentwicklung ARE  
CH-3003 Bern

**Redaktion**

Christoph B. Keller, Radio DRS2  
Daniel Dubas, ARE  
Christine Richard, ARE

**Fotos**

Manu Friederich, Bern

**Grafische Gestaltung**

SIRKOM GmbH, Wünnewil

**Zitierweise**

Dialog Nachhaltige Entwicklung Schweiz 2010  
Ist «grünes» Wachstum mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit vereinbar?  
Bundesamt für Raumentwicklung ARE

**Bezugsquelle**

In elektronischer Form: [www.are.admin.ch/dialog](http://www.are.admin.ch/dialog)  
Auch auf Französisch erhältlich

10.2010

## Einleitung

«Grünes» Wachstum ist in Politik und Wirtschaft eine intensiv diskutierte Antwort auf die schwierige Wirtschaftslage. Im UNO-Umfeld wird die «Green Economy»-Initiative vorangetrieben, und die OECD entwickelt eine «Green Growth»-Strategie. «Cleantech», erneuerbare Energien oder «Green Buildings» sind auch in der Schweiz zu Standardbegriffen avanciert. Im Rahmen der 2011 anstehenden Erneuerung der bundesrätlichen «Strategie Nachhaltige Entwicklung» stellt sich die Frage nach dem Verhältnis dieser neuen Konzepte zur Nachhaltigen Entwicklung.

**Maria Lezzi**, Direktorin des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE, betonte in ihrer Begrüßungsrede, sie freue sich darauf, mit den Anwesenden zu diskutieren, was die «grünen» Wachstumstheorien für die Schweiz bedeuten, ob und unter welchen Voraussetzungen sie mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit vereinbar wären und wie sie in die «Strategie Nachhaltige Entwicklung» des Bundesrates einfließen könnten.



## Die Grundlagen

In ihren Einführungsreferaten gingen die beiden Referenten, Dr. Moustapha Kamal Gueye und Christoph Müller differenziert auf die beiden unterschiedlichen Konzepte, die «Green Economy» und die «Green Growth», ein.



**Moustapha Kamal Gueye**, der erste Referent, ist interimistischer Leiter der Beratungseinheit zur «Green Economy Initiative» bei der UNEP, der Umweltorganisation der UNO. Er war zuvor Senior Manager beim International Centre for Sustainable Development (ICTSD) in Genf; ausserdem war er am Institute for Global Environment Studies tätig und sammelte Erfahrungen bei der Toyota Motor Corporation. An der Universität Nagoya in Japan hat er in Wirtschaftswissenschaften promoviert.

Vor dem Hintergrund der internationalen Krisen, der zunehmenden Zahl an Armen, der bereits manifesten Energieknappheit, den knapper werdenden Nahrungsmitteln, vor dem Hintergrund auch des Verlusts an Biodiversität und der akuten Gefährdung des Klimagleichgewichts, legte Moustapha Kamal Gueye überzeugend dar, dass die Aussichten für die Entwicklung des Planeten düster sind. Insbesondere die steigende Energienachfrage, so Kamal Gueye, werde zu einer Erwärmung der Atmosphäre weit über die von der UNO festgelegten zwei Grad führen, mit der Folge, dass nicht nur die Ökosysteme schwer zu leiden hätten. Denn auch die Konjunktur, so die Prognosen, würde in der Grössenordnung von 5 bis 10 Prozent schrumpfen.

«Man trägt nur zu dem Sorge, was man auch messen kann», bemerkte Moustapha Kamal Gueye und wies darauf hin, dass mit dem Bruttoinlandprodukt als allgemeiner Massstab für das Wohlergehen von Nationen eine ganze Reihe menschlicher Tätigkeiten und Wertvorstellungen statistisch nicht erfasst sind. Vor allem bei der Bemessung der immateriellen Beiträge armer Länder zur kulturellen und ökologischen Vielfalt bestehe noch grosser Nachholbedarf.

Die «Green Economy»-Initiative der UNEP koppelt nun an die Erfahrungen der letzten Wirtschaftskrise an. Davon ausgehend hätten verschiedene Länder bereits weitreichende Konjunkturprogramme mit einer «grünen» Zielrichtung in die Wege geleitet, wobei China führend ist mit einem Anteil von 5,2 Prozent des grünen Konjunkturprogramms am Bruttoinlandprodukt. Besonders in China werden bedeutende Förderprogramme umgesetzt, in denen die Elemente der «grünen Wirtschaft» zumindest in Ansätzen erkennbar sind: deutlich höhere Investitionen in Wirtschaftsbereiche, die das natürliche Kapital stärken und ökologische Risiken mindern, insbesondere erneuerbare Energieträger, effizientere Energienutzungen, nachhaltige Transportwege und so weiter. Diese aber, betonte Kamal Gueye, seien nur durch politische Reformen auf Landesebene durchsetzbar.

Mit seinen Erläuterungen am Beispiel Uganda blickte Kamal Gueye explizit vom Süden her auf die Problematik und zeigte das Potential der biologischen Landwirtschaft auf: In drei Jahren hat das Land in diesem Sektor eine Verdreifachung der Exporte erlebt. Nicht minder grosses Potential sei bei der Umstellung der heutigen fossilen auf erneuerbare Energien auszumachen. Kamal Gueye betonte, es könnten weltweit «mit Investitionen von 630 Milliarden US-Dollar im Bereich erneuerbare Energieträger bis im Jahr 2030 20 Millionen Stellen geschaffen werden». Auch in der Fischerei müssten wieder mehr Ressourcen in die nachhaltige Fischerei investiert werden; eine Vervierfachung des globalen Bruttoeinkommens in diesem Sektor sei möglich.

Als Kerngedanke formulierte Mustapha Kamal Gueye wiederholt die Forderung nach Effizienz, nicht nur in der Allokation von Ressourcen, sondern vor allem auch im Kapitalbereich. Ein Wandel sei nur möglich, wenn schädliche Subventionen wegfallen, neue Anreize geschaffen, sowie Boden und Land effizient genutzt würden. Dafür brauche es jedoch einschneidende Massnahmen auf nationaler und auf internationaler Ebene, betonte er.

Der zweite Redner des Morgens war **Christoph Müller**, Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt Österreichs, zuständig für die Bereiche Umwelt, Verkehr, Klimaschutz, Nachhaltige Entwicklung und Nuklearenergie. Er vertritt Österreich in verschiedenen internationalen Gremien wie der OECD und hat einen Lehrauftrag an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften.

Er beschäftigte sich in seinem Referat zunächst kritisch mit dem weitgehend unwidersprochenen Paradigma des steten Wirtschaftswachstums, indem er nachwies, dass das grösste Weltwirtschaftswachstum von 82 Prozent zwischen 1980 und 2002 stattfand und damit die Erde an ihre «physischen Grenzen» brachte. Die Entkoppelung der wirtschaftlichen Aktivitäten vom Verbrauch der natürlichen Ressourcen sei



deshalb das Gebot der Stunde. Unter Berufung auf die Thesen des Ökonomen Hans Christoph Binswanger sei nach der gängigen ökonomischen Theorie eine solche Entwicklung vorderhand nicht ohne wirtschaftliches Wachstum denkbar. Über Alternativen müsste jedoch nachgedacht werden, so Müllers Forderung.

Christoph Müller verwarf in der Folge die Position des «Business as usual», die davon ausgeht, dass letztlich die Marktmechanismen das Ressourcenproblem und die Klimaproblematik lösen würden. Mehr Sympathie brachte er der radikalen Position entgegen, wonach biophysische Beschränkungen die wesentlichen Leitplanken für das menschliche Handeln darstellten. Realistisch hingegen dürften seiner Meinung nach reformistische Positionen sein, bei denen der technische Fortschritt als wesentlicher Wachstumstreiber betrachtet wird; «Directed Green Technologies» würden von den meisten Agenturen als Schlüssel für den Wandel betrachtet.

Die OECD und das Konzept des «Green Growth» folgen dieser sogenannten realistischen Strategie. Auch hier wird, wie bei der «Green Economy»-Initiative der UNEP, die Abkehr von umwelt- und wirtschaftsschädlichen Subventionen gefordert. Die Beschleunigung der Innovation und ein umweltbewusstes Konsumverhalten sollen mit kohärenter Politik gefördert werden, bestehend aus markt- und nicht marktbasierten Instrumenten, wobei Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt unabdingbar seien. Die OECD fordert zudem die Entwicklung eines neuen Konzepts zur Berechnung des umweltverträglichen Wachstums.

Christoph Müller ging auch kurz auf die Kernziele von «Europa 2020» ein, der Wachstumsstrategie der Europäischen Union, um sich abermals kritisch mit dem Wachstumsbegriff auseinanderzusetzen. Es brauche einschneidende Massnahmen zur Minderung des Wachstumszwangs, sagte er mit erneutem Verweis auf Hans Christoph Binswanger. Es sei nicht zu vermeiden, das Unternehmensrecht, das Geldsystem und auch die Eigentumsformen einschneidend umzugestalten, wenn das Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftsweise erreicht werden soll, so seine Schlussfolgerung.

## Podiumsdiskussion



Bei der anschließenden Podiumsdiskussion trafen die Meinungen folgender Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft aufeinander: **Antoinette Hunziker-Ebnetter**, CEO der Beratungsfirma Forma Futura, **Aymo Brunetti**, Leiter der Direktion Wirtschaftspolitik im Staatssekretariat für Wirtschaft Seco, **Robert Cramer**, Ständerat der Grünen Partei für den Kanton Genf und **Dominique Reber**, Geschäftsleitungsmitglied von economiesuisse, zuständig für Infrastruktur, Energie und Umwelt. Unter der Leitung von **Christoph Keller**, Leiter der Redaktion Gesellschaft von Schweizer Radio DRS2, diskutierten sie die Frage, ob grünes Wachstum mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit vereinbar sei.

Gleich zu Beginn legten die Teilnehmenden ein Bekenntnis ab zu «Cleantech», einer umweltschonenden, auf Effizienz ausgerichteten Technologie. Diese sei der Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche, auch international wettbewerbsfähige Wirtschaft, betonte **Dominique Reber**. Hier sei die Schweizer Wirtschaft mit einem Anteil an Cleantech von weit über 30 Prozent schon führend. Aymo Brunetti unterstrich die These, die Wirtschaft sei dann am besten und nachhaltigsten zu reformieren, wenn sie sich im Wachstum befände. Er erinnerte daran, dass die Klimakonferenz von Kopenhagen zeitlich mit der Wirtschaftskrise zusammengefallen sei und dies weitgehend zum Scheitern der Konferenz beigetragen habe. Dennoch wolle man im Seco nicht ausschliesslich Wachstum fördern, das Seco sei nicht als Sprachrohr der Wirtschaft zu betrach-



ten. Dennoch wolle man im Seco nicht ausschliesslich Wachstum fördern, das Seco sei nicht als Sprachrohr der Wirtschaft zu betrach-



ten. Diese pragmatische Haltung unterstützte Robert Cramer, während Antoinette Hunziker-Ebnetter darauf verwies, dass nachhaltige Investitionen ohne eine klare «grüne» Perspektive nicht denkbar seien.

Das Podium bekannte sich in der Folge geschlossen zur «Green Economy». Fragen zur Schonung der natürlichen Ressourcen könnten im Rahmen einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik nicht mehr ausgeblendet werden. Uneinig war man sich einzig über den Weg dorthin.



**Antoinette Hunziker-Ebnetter** setzte in ihren Voten klar auf die Macht der Finanzströme. Letztlich, betonte sie, seien die Investitionsentscheide institutioneller, aber auch privater Investoren entscheidend dafür, welche Unternehmen und welche Wirtschaftsweise als zukunftsfähig bewertet werden. Ebenfalls von Bedeutung sei die Entwicklung des allgemeinen Bewusstseins darüber, dass es eine «grüne», nachhaltige Wirtschaftsweise brauche, und diese sei ohne Erziehung nicht zu haben. Robert Cramer erinnerte an die Notwendigkeit, dass die Politik klare Leitlinien setzen müsse, während Dominique Reber darauf verwies, dass genau dies bei der Konferenz von Kopenhagen nicht

geschehen sei. Nur durch ein bindendes internationales Abkommen sei garantiert, dass es im Zuge der Transformation der Wirtschaft in Richtung «Green Economy» nicht zu Standortnachteilen komme. Auch **Aymo Brunetti** bedauerte das Scheitern der Konferenz von Kopenhagen, legte aber Wert auf die Feststellung, dass nicht ein Impuls allein, sondern eine ganze Reihe von Faktoren den Umbau der Wirtschaft vorantreiben werde. Entscheidend seien aber die Marktfaktoren, betonte auch er. Diese Position vertrat auch Antoinette Hunziker-Ebnetter, die insbesondere darauf verwies, man könne bei der Transformation der Wirtschaft nicht einfach darauf warten, bis die entsprechenden internationalen Konventionen ausgearbeitet sind. Die Weichen müssten jetzt gestellt werden.

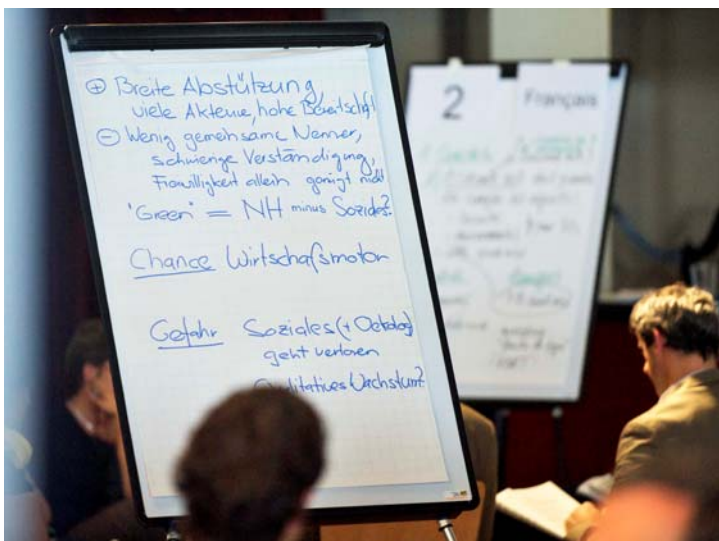


Die Frage, inwiefern die Schweiz mit ihren hochtechnisierten, spezialisierten und über weite Strecken auch auf Cleantech beruhenden Produkten international eine Vorreiterrolle übernehmen soll, wurde kontrovers diskutiert. Zwar bekräftigte **Robert Cramer**, die Schweizer Wirtschaft habe hier grosses Potential, er äusserte sich aber zurückhaltender mit Blick auf mögliche Marktverzerrungen. Eine dirigistische, interventionistische Rolle des Staates kam für keinen der Podiumsteilnehmer in Frage.

Auf die Frage, was für ihn bei der Formulierung einer zukünftigen, nachhaltigen Klimapolitik der Schweiz entscheidend sei, antwortete Aymo Brunetti, es brauche eine Internalisierung der Kosten. Breit befürwortet wurde hingegen in der Schlussrunde auf dem Podium eine Internalisierung der Umweltkosten. Die grüne Wirtschaft, so der Konsens auf dem Podium, beruhe auf einer Transformation des Marktes; der Wandel fängt an, wo der Verstoss gegen die Prinzipien der Nachhaltigkeit nicht mehr gratis zu haben ist.

## Arbeitsgruppen

Den Nachmittag nahm ein **partizipativer Arbeitsteil** ein.



Unter professioneller Moderation erarbeiteten insgesamt sechs Arbeitsgruppen ihre wichtigsten Erkenntnisse aus den bisherigen Ausführungen. Die Antworten auf die gestellten Leitfragen zu den wichtigsten Eckpunkten fielen dabei durchaus divers aus. Überraschend einzig waren sich die meisten Gruppen in der kritischen Befragung des Wachstumsbegriffs. «Was ist Wachstum? Was ist gut?», stand auf einer Flipchart, andere notierten den Begriff «Bruttoglücksprodukt», und wieder andere monierten, es sei «notwendig, dass wir uns fragen, durch was Wachstum generiert wird».

Nach einem Inputreferat von **Daniel Wachter**, Leiter der Sektion Nachhaltige Entwicklung des ARE, der die Kernfragen für die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes für 2012-2015 präsentierte, machten sich die Teilnehmenden daran, in zwei Schritten ihre Anliegen an die zukünftige Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes zu formulieren. Bei einer ersten, breiten Sammlung der Anliegen waren die formulierten Anliegen durchaus unterschiedlich, sowohl in der Zielrichtung wie in der Gewichtung. Allerdings ergaben sich bei der Schlusspräsentation und in der Gewichtung doch einige gemeinsame Punkte, die hervorstachen. So betonten die meisten Gruppen abermals, es brauche eine kritische Hinterfragung des Bruttoinlandprodukts als zentralen Indikator für den Wohlstand einer Nation. Hervorgehoben wurde auch die Bedeutung von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung in Zusammenhang mit Innovation. Als zentral wurde zudem betrachtet, dass Umweltkosten internalisiert, die Kostenwahrheit eingeführt und die effiziente Allokation von Ressourcen sichergestellt werden.







Vom Bund erwarten die Teilnehmenden eine kohärente, klare Nachhaltigkeitsstrategie, welche die zukünftigen ökologischen und sozialen Herausforderungen im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung antizipiert und entsprechende Lösungsansätze umsetzt.

